



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Thomas Huber, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Alexander Hold, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/9618, 19/11278

Rückkehr zu Humanität und Ordnung VII: „Extremismuscheck“ für Fördermittelempfänger im Migrations- und Asylbereich

Der Landtag würdigt die unverzichtbare und wertvolle Arbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft im Migrations- und Asylbereich. Sie leisten insbesondere durch ihre Beratungsangebote einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft.

Der Landtag stellt fest, dass

- gleichzeitig gilt: Staatlich geförderte Organisationen müssen sich selbst und ihre Kontakt- und Kooperationspartner einem Extremismus-Check unterziehen.
- eine wesentliche Ausprägung der wehrhaften Demokratie darin besteht, Extremisten jeglicher Couleur vom Zugang zu staatlichen Zuwendungen oder Leistungen auszuschließen.
- auch eine mittelbare Begünstigung oder Aufwertung von Extremisten über bestehende Kontakte und Kooperationen zu staatlichen Fördermittelempfängern zu vermeiden ist.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Einführung geeigneter Verfahren zur Extremismusprävention für staatliche Förderungen im gesamten Migrations- und Asylbereich zu prüfen. Dabei ist zu prüfen, welche Regelungen und Vorkehrungen bereits gut funktionieren und an welcher Stelle Optimierungs- und Handlungsbedarf besteht.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, sich entsprechend auch auf Bundesebene für die Einführung solcher Verfahren einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident